

ERSCHEINT MIT UNTERSTÜTZUNG DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

September 2004

KOMMENTAR

Eine Strafe für unverhältnismäßige Preise wird nur dann erteilt werden können, wenn jemand den „verhältnismäßigen Preis“ festlegt von Karol Morvay (morvay@mesa10.sk)

Die Treibstoffpreiserhöhungen in letzter Zeit haben ein Druck der Öffentlichkeit auf ein Einschreiten gegen den marktbeherrschenden Treibstoffproduzenten Slovnaft, a.s. hervorgerufen. Dieser Druck ist stärker geworden, nachdem die Frächter zum Boykott der Produkte von Slovnaft aufgerufen hatten. Gleichzeitig sind Informationen an die Öffentlichkeit gelangt, dass Slovnaft seine Produkte auf dem tschechischen Markt billiger als auf dem Heimischen verkaufe und dass Finanzminister Ivan Mikloš die angeblich hohen Spannen von Slovnaft kritisiere (daraus folgt, dass der hohe Treibstoffpreis nicht nur ein Ergebnis des hohen Rohstoffpreises auf den Weltmärkten ist).

Dieser Druck hat sich allmählich in einen Kompetenzstreit unter den staatlichen Behörden verwandelt, wer und auf welche Weise denn einschreiten kann, wenn es Verdacht auf unangemessene Preise des marktbeherrschenden Produzenten gibt. Der genannte Kompetenzstreit hat zum Entwurf einer gesetzlichen Regelung geführt, die die Befugnisse des Kartellamtes der SR erweitern soll.

Kern des jetzigen Problems ist nämlich, dass das Kartellamt der SR (PMÚ) zwar die dominante Position eines Produzenten feststellen kann (dies hat es auch auf Verlangen des Finanzministeriums auch getan), bei unangemessenen Preisen hat es jedoch keine Handlungsbefugnis. Daran wird es durch zwei Umstände gehindert:

- (1) Eine staatliche Verwaltungsbehörde kann nur in dem gesetzlich festgelegten Rahmen handeln. Und im Gesetz über den Schutz freien Wettbewerbs (136/2001 GsI. im Wortlaut nachfolgender Vorschriften) werden Fälle genannt, in welchen das Kartellamt der SR eine Handlungsberechtigung hat, sollte es zum Missbrauch der dominanten Position kommen. Es geht um das Aufzwingen unangemessener Geschäftsbedingungen, Produktions-, Absatz- oder technische Entwicklungsbeschränkung, das Aufzwingen von zusätzlichen Verbindlichkeiten von Abnehmern sowie Diskriminierung von Geschäftspartnern.
- (2) Falls das Kartellamt die Befugnis hätte zu entscheiden, dass irgendein Preis unangemessen sei, muss es wissen, was für ein Preis angemessen sei. Und ein angemessener Preis kann im Fall eines mangelhaft funktionierenden Marktes nur eine Preisregelbehörde aufgrund einer Untersuchung sog. berechtigter Kosten und eines angemessenen Gewinnes festgelegt werden. Falls das Kartellamt behaupten würde, dass die Treibstoffpreise unangemessen seien und nicht nachweisen könnte, welcher Preis angemessen sei, dann würde das Gericht einen solchen Entscheid des Kartellamtes mit Recht als nicht nachvollziehbar bezeichnen und würde ihn aufheben. Im Gesetz über Preise (18/1996 GsI. im Wortlaut nachfolgender Vorschriften) werden die Preisregelbehörden präzise genannt, das Kartellamt wird hier nicht erwähnt. Aufgabe des Kartellamtes ist es, gemäß gegenwärtiger Gesetzeslage nicht die Preise zu regeln, sondern die Wettbewerbsbedingungen auf dem Markt zu schützen.

Das Finanzministerium hat eine Novellierung des Gesetzes über Preise vorbereitet, in der auch das Gesetz über Wettbewerb indirekt novelliert wird. Damit erteilt es dem Kartellamt der SR die formelle Befugnis, einen dominanten Produzenten, welcher unangemessene Preise erzwingt, zu belangen. Die Frage, wer aber einen angemessenen Preis festlegt, bleibt weiterhin ungelöst. Falls eine solche Regelung effizient sein soll, muss das Kartellamt entweder auch Preisregelbehörde werden (derzeit ist es dafür überhaupt nicht vorbereitet) oder es muss eine andere Regelbehörde einen angemessenen Preis festlegen und erzwingen (früher handelte das Finanzministerium selbst in diesem Sinn). Das Erzwingen eines Schutzes vor unangemessenen Preisen, bei dem gleichzeitig von niemandem (weder Markt, noch Regelbehörde) ein angemessener Preis festgelegt wird, ist eine irrealer Lösung.

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Eine Strafe für unverhältnismäßige Preise wird nur dann erteilt werden können, wenn jemand den „verhältnismäßigen Preis“ festlegt.....1

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Verabschiedung der Reformen im Gesundheitssystem ist ein bemerkenswerter Sieg der Koalition.....2
Dreierforum nur mehr beratendes Organ der Regierung.....2
Entschädigungen für Finanzbetrüge werden wieder zum Politthema.....2

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

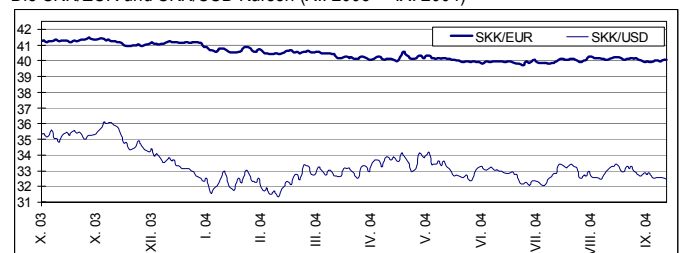
Die Regierung beschloss eine mittelfristige Strategie in der Außenpolitik...2
Rückzug der Truppen aus dem Irak fand keine Unterstützung im Parlament.....2
Die Slowakei erhält wahrscheinlich den Posten eines nichtständigen Mitglieds des UNO-Sicherheitsrates...2

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung.3
BIP3
Industrie und Handel3
Inflation4
Arbeitsmarkt4
Staatshaushalt4
Währungspolitik4
Kapitalmärkte4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (XI. 2003 – IX. 2004)



Quelle: NBS

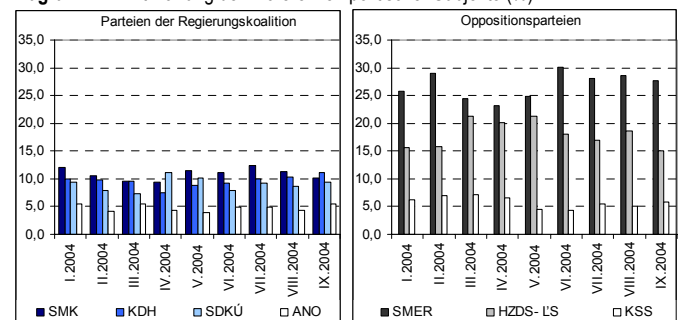
	2000	2001	2002	2003	2004*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	5,2
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,5
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	18,0
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	33,0
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,5

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Diagramm 1: Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Die Verabschiedung der Reformen im Gesundheitssystem ist ein bemerkenswerter Sieg der Koalition

Eine der sensibelsten Reformen des letzten Jahrzehnts wurde vom Parlament problemlos verabschiedet. Obwohl erwartet wurde, dass gerade die Reform des Gesundheitswesens eine harte Probe für die Minderheitsregierung sein würde und die Opposition alle Kräfte gegen sie mobilisieren würde, ist das Gegenteil eingetreten. Dadurch wird es möglich, Änderungen im Gesundheitswesen vorzunehmen, welche Marktelemente ins System bringen und ein Modell schaffen, der seinem Aufbau nach auch im europäischen Maßstab originell sein wird.

Unterstützung ehemaliger Widersacher

Ein bemerkenswerter Sieg der Regierungskoalition wurde wohl dadurch erreicht, dass die Abstimmung politisch vereinbart war und der eigentliche politische Kampf in den parlamentarischen Ausschüssen und Verhandlungen außerhalb des Plenums ausgetragen wurde. Gesundheitsminister Rudolf Zajac hat eine enorme Aktivität bei der Durchsetzung der Reformgesetze und der Suche nach Unterstützung bei allen Abgeordnetenfraktionen und unabhängigen Abgeordneten entwickelt.

Der Vorsitzende der Oppositionspartei Smer Róbert Fico hat den Staatspräsidenten sofort aufgefordert, die verabschiedeten Gesetze nicht zu unterzeichnen. Sollte der Präsident die Gesetze unterzeichnen, ist die Partei Smer entschlossen, sich an den Verfassungsgerichtshof wegen angeblicher Verfassungswidrigkeit der Gesundheitsgesetze zu wenden.

Die Reform des Gesundheitswesens wurde dank der Unterstützung von unabhängigen Abgeordneten verabschiedet. Ein erheblicher Teil von ihnen sind ehemalige Gegner der Koalition und wurden ins Parlament auf Listen von Parteien gewählt, die auf völlig anderen Prinzipien als denjenigen der Regierungskoalition basieren.

Statt der Minderheitsregierung hat die Opposition Stabilitätsprobleme

Eine der unerwarteten Folgen der Verabschiedung des Reformpakets im Gesundheitswesen ist eine Schwächung der Opposition. Die Einigkeit des nur wenige Monate bestehenden Freien Forums ist erschüttert worden, nachdem zwei seiner Mitglieder für die Reformgesetze gestimmt haben (obwohl die Parteilinie von ihnen eine andere Stellungnahme verlangte). Auch die Partei Smer kann ihrem Abgeordneten seine Unterstützung der Reformgesetze nicht tolerieren. Deshalb ist es möglich, dass infolge der Verabschiedung der Reform des

Gesundheitswesens es zu einer kuriosen Zersplitterung oppositioneller Kräfte kommt.

Ein weiteres Fiasko erlitt die Opposition mit ihrem Versuch, die Mehrwertsteuersätze zu senken. Der MWSt.-Satz sollte nach dem Gesetzentwurf von 19 auf 15% sinken, Schulbücher sollten von der Steuer befreit werden und die MWSt. Bei Lebensmitteln sollte auf 10% gemindert werden (solche Maßnahmen hätten ohne Kompensation ernsthafte Folgen auf die Entwicklung öffentlicher Finanzen). Obwohl die Oppositionsführer einander politische Unterstützung und Einheit versprachen, war die Opposition bei der Abstimmung über diese Vorlage nicht in der Lage, sich zu einigen. Für den Entwurf der Opposition haben nicht einmal oppositionelle Abgeordnete gestimmt. Parteivorsitzender von Smer Róbert Fico bezeichnete dies als Ende der Möglichkeiten, jegliche Oppositionspolitik zu betreiben.

Eine Gruppe unabhängiger Abgeordneter, die bei Existenz der Minderheitskoalition und Minderheitsopposition die entscheidende Kraft im Parlament bilden, ist offensichtlich bereit, auch weitere Regierungsentwürfe mitzutragen. In manchen Fällen geht es wohl um ein Tauschgeschäft – Unabhängige verlangen für ihre Unterstützung die Aufstockung einiger Budgetposten, wodurch sie wahrscheinlich versuchen, ihre eigene Popularität zu steigern.

Dreierforum nur mehr beratendes Organ der Regierung

Im Parlament wurde eine Novelle des sog. Kompetenzgesetzes angenommen, mit dem die bisherige Rolle des Dreierforums aufgehoben wird. Das Dreierforum (genauer Rat der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft der SR) als eine aus Vertretern von Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften bestehende Behörde wird nur mehr als ständiges beratendes Organ der Regierung tätig sein.

Bisher galt, dass die Regierung verpflichtet war, jede Maßnahme mit potenzieller Auswirkung auf das Lebensniveau zumindest zweimal im Dreierforum zu diskutieren. Diese gesetzliche Pflicht wird ab dem 1. November 2004 nicht mehr gelten. Die Zusammensetzung sowie die Arbeitsregeln des Dreierforums werden von der Regierung verabschiedet werden. Die Opposition bezeichnet das Gesetz als Racheakt an den Gewerkschaften. Angemessener wäre

wohl, es als Reaktion auf die übertriebene Politisierung der Gewerkschaften zu benennen (die Gewerkschaften bekennen sich offen zur politischen Opposition und einige ihrer Aktivitäten waren auf den Sturz der Regierung ausgerichtet).

Entschädigungen für Finanzbetrüge werden wieder zum Politthema

Das Thema der Entschädigung von Kunden Pleite gegangener Nichtbankinstitute kehrt erneut auf die politische Bühne zurück. Oppositionsabgeordnete legten gemeinsam mit einem Mandatar der Koalition einen Gesetzesentwurf vor, nach dem die Kunden ausgewählter Nichtbankinstitute entschädigt werden sollten (das Parlament hat den Entwurf noch nicht diskutiert). Die Autoren der Vorlage behaupten, dass der Staat für Schäden, welche die Nichtbankinstitute durch betrügerische Tätigkeit ihren Kunden verursacht hatten, verantwortlich sei und ihnen deshalb eine Teilentschädigung von etwa 5 Mrd. SKK auszahlen sollte. Ein Fehler der Regierung sei ihrer Ansicht nach deren Untätigkeit zu einer Zeit gewesen, in der Informationen über das hohe Risiko von Einlagen der Bürger in diesen Nichtbankinstituten bekannt waren (es geht um den Zeitraum 2001-2002).

Dieses Thema dient wahrscheinlich einigen Politikern zur Gewinnung politischer Unterstützung von Bürgern, dessen Missbrauch ist jedoch ausgesprochen zynisch. Die Anzahl der Gläubiger dieser Subjekte beläuft sich auf ca. 200 tausend Personen, was an sich ein nicht unbedeutendes Wählerpotenzial darstellt. Es gibt jedoch keine vernünftigen Gründe für eine Entschädigung der Bürger auf diese Weise. Die Abwälzung des Schadens von den durch die Nichtbankinstitute betroffenen Bürgern auf den Staat ist eine gefährliche Lösung. Auch künftig können Fälle von Finanzbetrügereien vorkommen und es wird sehr schwer zu unterscheiden sein, wann der Staat entschädigen soll und wann nicht. Es ist entschieden ungeeignet, Schäden, die durch die Interaktion zweier Privatsubjekte entstanden sind, durch öffentliche Gelder zu mildern (sofern nicht von vornherein eine Ausnahmeregel gilt). Und das nicht einmal in dem Fall, sollte der Staat eine seiner Funktionen bei der Regulierung dieser Subjekte vernachlässigt haben. Die Tatsache, dass es bei diesen finanziellen Beziehungen keine staatliche Garantie gab, war eine leicht zugängliche Information.

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Die Regierung beschloss eine mittelfristige Strategie in der Außenpolitik

Die Regierung der SR verabschiedete eine Mittelfristige Strategie der Außenpolitik der SR bis 2015. Grundidee der Strategie ist die Ausarbeitung eines Interessen- und Werterahmens für die Außenpolitik der SR. Aus dem verabschiedeten Dokument gehen folgende Schlüsselpunkte hervor:

- In der regionalen Dimension der Außenpolitik möchte die Slowakei eine Politik der offenen Tür gegenüber assoziierten Ländern betreiben, mit der Priorität einer Stabilisierung der Balkanregion.
- In der europäischen Dimension der Außenpolitik wird die slowakische Diplomatie die Position der Europäischen Union vor allem beim Krisenmanagement, Konfliktvorbeugung, Energiesicherheit, Kampf gegen das internationale organisierte Verbrechen und illegaler Zuwanderung sowie in anderen Bereichen der Sicherheit stärken. Die Slowakische Republik besitzt die Ambition, zu Mitgliedsländern mit einem überdurchschnittlichen Niveau der Wirtschafts- und Sozialentwicklung zu werden und mit seinem Teil zur weiteren Entwicklung der EU durch positive Erfahrungen aus eigener Entwicklung in Richtung einer auf Information basierender Ökonomie beizutragen (hier möchten wir bemerken, dass dieses Ziel sicher nicht innerhalb der Horizonte dieses Dokumentes zu erfüllen sein wird, es ist eher als Vision zu verstehen).

- Innerhalb der euroatlantischen Dimension wird die Slowakische Republik gegen eine Schwächung der Aktionsfähigkeit der NATO auftreten.

Rückzug der Truppen aus dem Irak fand keine Unterstützung im Parlament

Der Nationalrat hat den Vorschlag abgelehnt, nachdem dieser die Regierung zum Abzug slowakischer Soldaten aus dem Irak auffordern sollte. Der Entwurf des Beschlusses wurde von Vertretern der Kommunistischen Partei der Slowakei vorgelegt. Die Autoren haben damit argumentiert, dass der Abzug der slowakischen Einheit keinerlei ernsthafte politische Folgen für die Slowakei als NATO Mitglied haben kann, da die NATO es abgelehnt hatte, die Operation zu befehlen. Der Vorschlag wurde nicht einmal von den anderen oppositionellen Abgeordneten angenommen, lediglich 20 Abgeordnete im 150-köpfigen Parlament haben ihn unterstützt.

Die Slowakei erhält wahrscheinlich den Posten eines nichtständigen Mitglieds des UNO-Sicherheitsrates

In der letzten Ausgabe des SMB haben wir über diplomatische Bemühungen der Slowakei, den Posten eines nichtständigen Mitglieds des UNO-Sicherheitsrates zu erhalten, informiert. Nach der Sitzung der UNO-Vollversammlung und weiteren diplomatischen Aktivitäten ist es zu diesem Zeitpunkt

sehr wahrscheinlich, dass die Bemühungen der slowakischen Diplomatie Erfolg haben werden. Die slowakische Diplomatie möchte erreichen, dass die osteuropäische Regionalgruppe bis Ende des Jahres formell bestätigt, dass die Slowakei ihr einziger Kandidat sei (momentan gibt es keinen Gegenkandidaten). Mit Ausnahme zweier Länder haben bisher alle Staaten der 22 Mitglieder zählenden Gruppe der slowakischen Kandidatur ihre Unterstützung ausgesprochen.

Die Slowakei spricht sich gleichzeitig für eine Erweiterung des bisher 15-köpfigen Sicherheitsrates der UNO. Damit dieser aber seine Aktionsfähigkeit nicht verliert, sollte er nicht über 25 Mitglieder hinauswachsen. Die Slowakei ist hierbei dafür, dass zu den fünf jetzigen ständigen Mitgliedern Deutschland und Japan hinzukommen, und zwar aufgrund ihrer Aktivitäten sowie Finanzbeiträge für das Budget der Organisation (in der Charta werden sie noch immer als feindliche Länder angesehen). Aus der Mittelfristigen Strategie der Außenpolitik geht indirekt hervor, dass sich die Regierung der Notwendigkeit einer Reform der UNO und des Sicherheitsrates bewusst ist, um deren Funktionsfähigkeit weiterhin zu erhalten.

Eine slowakische Priorität im Sicherheitsrat der UNO soll die Schlichtung der Konflikte im westlichen Balkan und auf Zypern sein. Sollte es der Slowakischen Republik gelingen, nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UNO zu werden, wird ihr diplomatisches Prestige steigen.

Als nichtständiges Mitglied des SR der UNO würde die Slowakei die Rolle eines Sprechers der osteuropäischen Ländergruppe auf einem internationalen Forum übernehmen. Ein nichtständiges Mitglied kann vor allem dann eine wichtige Rolle spielen, wenn die Großmächte nicht übereinstimmen. Es

ist dabei möglich, dass neue Aufgaben, die die Slowakei durch die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UNO auf sich nimmt, auch neue Themen für die heimische politische Szene mit sich bringen und die Fähigkeiten

überprüfen, zu Hause Streitigkeiten lösen zu können, welche globale Probleme betreffen.

Unter den Ländern der osteuropäischen Ländergruppe hatte bereits die Ukraine, Bulgarien diesen Posten inne, zurzeit wird dieser von Rumänien bekleidet.

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung

IFC bezeichnete die Slowakei als reformfreudigstes Land im Bereich Unternehmertum

Der von der Weltbank und der Internationalen Finanzcorporation (IFC) gesponsorte Bericht Doing Business in 2005 hat die Reformen bezüglich des Unternehmertums in der Slowakei sehr gewürdigt. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Slowakei das reformfreudigste Land auf der Welt bei der Verbesserung des Investitionsmilieus ist. Damit wurde sie eine von 20 vorrangigen Ökonomien der Welt, die das Unternehmertum fördern. Von den ehemals sozialistischen Ökonomien lag nur ein einziges Land – Litauen, vor der Slowakei.

Doing Business in 2005 verfolgt fünf Gruppen von Indikatoren des Unternehmertums: Eintritt in das Geschäft, Einstellung und Entlassung von Angestellten, Einforderung von Verträgen, Gewähren eines Kredits und Austritt aus dem Geschäft.

Im Bericht steht, dass die neuen EU-Mitgliedsländer zu den Topreformatoren des Investitionsmilieus gehören, während die früheren EU-Mitglieder Reformen angingen, um ihre Vorteile gegenüber den neuen Ländern zu erhalten. Die besonders gute Position der Slowakei hängt z.B. damit zusammen, dass die zum Eintritt ins Geschäft und dessen Anlauf benötigte Zeit auf die Hälfte schrumpfte, die für die Gesundung von Krediten notwendige Zeit ein Viertel der früheren Fristen beträgt, ein neues privates Darlehens- und Kreditregister gegründet und die Regulierung der Beschäftigung flexibler wurde. Die Slowakei verzeichnete ein 12-prozentiges Wachstum bei der

Registrierung neuer Unternehmen, nachdem die mit ihrer Eintragung benötigten Abläufe vereinfacht wurden und es wurde eine Steuerreform verabschiedet. Im Bericht wird auch eine Belebung beim Kreditfluss in Richtung Privatbereich dank einer Reform des Gewährleistungsrechts erwähnt. Eine besonders gute Position (unter den ersten zehn von 145 beurteilten Ländern) erlangte die Slowakei im Bereich Investorenschutz sowie bei der rechtlichen Regelung der Rechte von Gläubigern und Schuldern. Die gute Position der Slowakei ist umso wertvoller, als vor sechs Jahren die Entwicklung des Unternehmertums in der Slowakei allgemein ungünstig bewertet wurde.

Vorläufiger Sieger der Privatisierungsausschreibung für die Slowakischen Elektrizitätswerke ist Enel

Die Privatisierungskommission hat als Sieger der Privatisierungsausschreibung für den Kauf von 66% der Aktien Slowakischer Elektrizitätswerke (SE) die italienische Gesellschaft Enel vorgeschlagen. Wirtschaftsminister Pavol Rusko akzeptierte den Standpunkt der Privatisierungskommission und empfahl der Regierung, den Anteil in den SE der Gesellschaft Enel zu verkaufen.

In der Begründung dieser Entscheidung waren folgende Tatsachen erwähnt: Enel sei die kapitalmäßig stärkste Gesellschaft unter den drei Interessenten für

die SE, die zweitgrößte Gesellschaft auf dem europäischen Energiewirtschaftsmarkt und hätte das höchste Angebot abgegeben. Außerdem hätte Enel Erfahrungen mit dem Betrieb von Kernkraftwerken sowie der Entsorgung atomaren Abfalls.

Die Veröffentlichung des Ergebnisses rief sofort auch politische Diskussionen hervor: Ein Teil der Regierungskoalition verlangte Garantien, dass auch Enel selbst noch vor ihrem Eintritt in die SE privatisiert ist. Andernfalls würde es zum Beispiel nach Ansicht der Koalitionspartei KDH um einen Transfer von einem Staatsunternehmen ins andere handeln und keine Privatisierung. Momentan besitzt der Staat 51% der Gesellschaft Enel, wobei die Regierung plant, bis Ende Oktober dieses Jahres ein 20%-Paket über den Kapitalmarkt zu verkaufen.

Sollte die Regierung dem Beschluss der Privatisierungskommission und des Wirtschaftsministers zustimmen, werden die Transaktionsunterlagen bis zum 21. November (d.h. binnen 120 Tagen nach Abgabe des verbindlichen Angebotes) vorbereitet. Real sollte der Eintritt des Investors bis Ende Juni 2005 erfolgen. Bis dahin soll es zur Ausgliederung des Wasserkraftwerkes in Gabčíkovo (wird nicht privatisiert), des Unfallkernreaktors A1 sowie des Kernkraftwerkes in Jaslovské Bohunice, deren Betrieb bald zu Ende geht (der Investor ist nicht daran interessiert) kommen.

BIP

Wachstum des BIP über die Erwartungen

Die Ergebnisse des BIP fürs zweite Quartal waren eine angenehme Überraschung. Ein reales Wachstum in der Höhe von 5,4% hat die Erwartungen um einiges übertroffen. Das im zweiten Quartal geschaffene BIP erreichte ein Volumen von 328,4 Mrd. Sk (in üblichen Preisen).

Starkes Wachstum bei relativ guter Struktur

Das reale Wachstum des BIP im zweiten Quartal hatte einige bemerkenswerte Merkmale:

- Wenn man sich die Verwendung des BIP ansieht, kann man von ganz guten Proportionen sprechen. Der Anstieg der heimischen Nachfrage war mit einem guten Zustand des äußeren Gleichgewichtes gekoppelt.
- Das Investitionswachstum lebt auf (nach zweijährigem Stillstand). Die Produktion des fixen Bruttokapitals ist real um 3,5% gestiegen, jedoch sind auch die Investitionen in Vorräte bedeutend gewachsen. Die Produktion von Bruttokapital (fixes Kapital und Vorräte) wuchs so bis um 13,8%.
- Der Endverbrauch der Haushalte setzte sich in Form eines ähnlichen Wachstums wie im ersten Quartal fort (reales Wachstum um 2,8%). Das bestätigt nur die Tatsache, dass der Anstieg des Verbrauches der Haushalte etwas früher kommt, als ursprünglich angenommen. Zur Belebung des Konsumanstiegs kam es auch beim verlangsamten Wachstum des Reallohns im zweiten Quartal.

Industrie und Handel

Im zweiten Quartal verbesserte sich das Wirtschaftsergebnis von nichtfinanziellen Organisationen

Im Vergleich zu Juli 2003 erhöhte sich die Industrieproduktion im Juli d.J. um 0,7%. Nach einem langfristigen Wachstum sank die Produktion in der industriellen Erzeugung um 0,9% (ein Rückgang wurde zuletzt im Januar 2002 verzeichnet). Es geht wohl aber nur um einen kurzfristigen, vor allem durch die Produktionspause bei Volkswagen Slovakia hervorgerufenen Rückgang. Gerade aus diesem Grund ging die Produktion von Transportmitteln am meisten zurück (um 26,7%). In sieben Monaten dieses Jahres erhöhte sich die Produktion der Industrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,0%, beim Wachstum in der Industrieproduktion waren es 6,0%. Die Baubranche stieg im

- Der Anstieg von Export und Import blieb äußerst stark. Das reale Importwachstum beginnt nach gewisser Zeit wieder stärker zu werden als das Exportwachstum. Der Nettoexport verliert allmählich die Rolle eines Wachstumsgenerators und diese wird von der heimischen Nachfrage übernommen.

Die Steuerreform greift in die BIP-Struktur ein

Ein eingehender Blick auf die BIP-Produktionsseite zeigt uns einen massiven Anstieg von indirekten Nettosteuern (indirekte Steuern ohne Subventionen). Das Volumen indirekter Nettosteuern, die einen Bestandteil des sog. Marktpreises für Produkte und Dienstleistungen bilden, stieg real um 24,9% als Folge der Steuerreform, welche den Schwerpunkt der Besteuerung auf die indirekten Steuern verlegt. Der Mehrwert ist real um 3,4% gestiegen. Der Anstieg des Mehrwerts betrifft aber ein breites Spektrum an Branchen. Ein kräftiges Mehrwertwachstum wurde in der Landwirtschaft (11,4%), der Finanzvermittlung (9,5%) und der Industrie (7,4%) verzeichnet. Für die Branchen der Dienstleistungen außerhalb des Marktes war ein Rückgang festzustellen.

Juli im Vergleich zum Juli 2003 mäßig, um 0,1%. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2004 erhöhte sich das Volumen der Bauindustrieproduktion um 1,8% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Neben der stagnierenden Industrie- und Bauproduktion im Juli ragt eher der massive Anstieg der Einzelhandelseinnahmen heraus. Das Wachstumstempo der Einzelhandelseinnahmen stieg den siebenten Monat hintereinander. Von den Werten im Januar mit 0,5% erreichte es 11,9% im Juli (in fixen Preisen). Ein derart starkes Wachstum der Einzelhandelseinnahmen entspricht keineswegs dem Einkommenszuwachs der Haushalte (der Reallohn stieg nur um 2,7% im ersten und 1,3% im zweiten Quartal).

Deshalb ist ein heftiger Anstieg der Verschuldung der Haushalte offensichtlich (Quellen aus dem Bankbereich schätzten den Anstieg der Haushaltsverschuldung heuer um bis zu ca. 40%). Dieser Faktor wird wahrscheinlich auch zu einem Anstieg der Konsumeinfuhr verhelfen, was sich in der Handelsbilanz des zweiten Halbjahres zeigen sollte.

Im Vergleich zum ersten Quartal entwickelte sich im zweiten der erwirtschaftete Profit (vor Steuer) günstiger in Unternehmungen des nichtfinanziellen Sektors. Nach einem zwischenjährlichen Rückgang im 1. Quartal (um 3,6%) wuchs er im 2. Quartal um 16,3%. Nach vorläufigen Ergebnissen des 1. Halbjahres erreichte dieser 96,4 Mrd. Sk und war damit um 4,6% höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Tabelle 1: Ausgewählte Bestandteile des BIP (Änderung zwischenjährlich in %, fixe Preise, Methode ESA 95)

Kennzahl	2003				2004		
	1Q	2Q	3Q	4Q	Jahr	1Q	2Q
Bruttoinlandsprodukt	4,1	3,8	4,2	4,7	4,2	5,5	5,4
Privatkonsum	2,6	-0,2	-2,2	-2,3	-0,6	3,0	2,8
Öffentlicher Verbrauch	2,0	-3,3	0,2	10,4	2,9	-2,3	2,4
Bildung d. Fixen Bruttokapitals	-2,0	-0,4	-0,6	-1,8	-1,2	0,9	3,5
Export von Waren und Dienstleist.	21,0	21,5	21,6	26,1	22,6	15,8	16,4
Import von Waren und Dienstleist.	16,4	13,2	14,3	11,9	13,8	12,0	17,0

Quelle: Statistikamt der SR

Die Prognosen können vorsichtig aufge bessert werden

Eine Stärkung des Wirtschaftswachstums wurde in der gesamten Region der neuen EU-Mitglieder in Mitteleuropa verzeichnet. Im zweiten Quartal gab es ein hohes Wachstumstempo in Ungarn (4,0%), Tschechien (4,1%), der Slowakei (5,5%) sowie Polen (6,1%).

Die positiven Resultate des ersten Halbjahres ermöglichen eine mäßige Erhöhung des für das Jahr 2004 geschätzten BIP-Wachstumstempus in der Slowakei. Bei einer ungünstigeren Entwicklung des Nettoexports jedoch einem merkbareren Anstieg der heimischen Nachfrage im zweiten Halbjahr könnte sich das Wachstumstempo des BIP fürs ganze Jahr innerhalb einer Spanne von 5,1%-5,4% bewegen.

Inflation

Die Inflationsrate beginnt zu sinken

Die zwischenjährige Inflationsrate sank im August auf 7,2% gegenüber dem Wert von 8,5% im Juli. Primäre Ursache ist der basische Effekt (gestiegenes Preisniveau im August 2003 infolge der Änderung der Verbrauchssteuern). Sekundäre Ursache ist der zwischenmonatliche Rückgang der Konsumentenpreise im August gegenüber Juli um 0,1% (ein Resultat des Wachstums regulierter Preise um 0,1% und eines

Rückgangs der Preise der in der Kerninflation enthaltenen Waren um 0,2%).

Im Durchschnitt erhöhten sich die Konsumentenpreise innerhalb von acht Monaten des Jahres zwischenjährlich um 8,1%. Wir erwarten einen allmählichen Rückgang des durchschnittlichen Wertes der Inflationsrate auf ein Niveau von ca. 7,5% für das gesamte Jahr 2004, wobei der Wert der

zwischenjährigen Inflation im Dezember 6,4% erreichen kann.

Unter den Preisen im Produktionsbereich stiegen die Preise für Bauarbeiten am raschesten (um durchschnittlich 6,0% in den ersten 8 Monaten des Jahres). Die Preise von Industrieproduzenten (1,1% in 8 Monaten) sowie die von landwirtschaftlichen Produkten (2,2%) sind im bisherigen Verlauf von 2004 nur mäßig gestiegen.

Arbeitsmarkt

Starkes BIP Wachstum bringt bisher keinen Arbeitslosenrückgang

Obwohl das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr stärker wurde, bedeutete dies kein Beschäftigungswachstum. Das BIP-Wachstum von 5,4% im zweiten Quartal war mit einem Rückgang der Beschäftigten um 0,8% verbunden (nach einer selektiven Erhebung von Arbeitskräften).

Dieses Paradox ist nicht so krass, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Eine der möglichen Erklärungen wäre, dass es eher eine statistisch bedeutende Verbindung zwischen dem Wachstum des Bruttomehrwertes und dem Beschäftigungswachstum gibt, und weniger zwischen dem BIP-Wachstum und dem Beschäftigungswachstum. Diese Tatsache wird vom relativ geringen Wert des Korrelationskoeffizienten zwischen dem realen BIP-Wachstum und dem Beschäftigungswachstum belegt (0,62 während der Zeitreihe 1994-1. Halbjahr 2004). Daraus ist nur eine mittelstarke direkte Abhängigkeit zwischen diesen zwei Indikatoren abzuleiten. Dagegen erreicht der Korrelationskoeffizient zwischen dem realen Wachstum des Bruttomehrwertes und dem Beschäftigungswachstum einen Wert von 0,82 im selben Zeitraum, daher ist eine starke Abhängigkeit festzustellen.

Staatshaushalt

Das Finanzministerium schuf ein mittelfristiges Budget der öffentlichen Verwaltung

Erstmals in der Geschichte der Slowakischen Republik kreierte das Finanzministerium (MF SR) einen mittelfristigen Plan für den Haushalt der öffentlichen Verwaltung für die Jahre 2005 bis 2007. Ziel des Plans ist es, die Finanzlast künftiger Generationen nicht zu erhöhen sowie das Maastrichtkriterium des Defizits öffentlicher Finanzen von maximal 3% des BIP zu erfüllen. Das Ziel, den Anteil öffentlicher Ausgaben am BIP langfristig zu senken, kann jedoch von der Rentenreform erheblich beeinflusst werden. Deren Auswirkungen sind für das MF SR bisher unbekannt. Man nimmt jedoch an, dass die Ausgaben für die Rentenreform, die durch ein Defizit des Umlagesystems der Rentenversicherung gekennzeichnet sind, bis zu 1,1% des BIP pro Jahr betragen können. Ein weiterer Faktor, der die öffentlichen Ausgaben bedeutsam steigen lassen würde, wären unvollendete Reformschritte der jetzigen Regierung und unerwartete öffentliche Investitionen.

Währungspolitik

Mit Euro soll man schon 2009 zahlen

Noch im August wurde vom Finanzministerium der SR zusammen mit der Nationalbank der Slowakei die Strategie der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung verabschiedet. In dieser Strategie sind zwei wichtige Schritte vorgesehen, die unbedingt zu erfüllen sind. Der Erste ist der Beitritt zum System der ERMII-Wechselkurse im Jahr 2006 oder 2007 und der Verbleib in diesem System für die Zeit von zwei Jahren unter Einhaltung der durch den Stabilitätspakt festgelegten Bedingungen sowie der Erhaltung des

Wenn wir also zugeben, dass die Verbindung zwischen Bruttomehrwert und Beschäftigung bedeutsamer ist, dann ist das Resultat in der Beschäftigungsentwicklung im ersten Halbjahr 2004 eher logisch als paradox. Das Bruttomehrwertwachstum hat sich nämlich zwischenjährlich von 5,0% im Jahr 2003 auf 2,1% im ersten Halbjahr 2004 verlangsamt.

Die Disproportion zwischen der relativ erfolgreichen makroökonomischen Entwicklung und der Beschäftigungsentwicklung hängt auch mit einem starken Druck Richtung Produktivitätswachstum zusammen, sowie mit der Tatsache, dass ausländische Investoren erst mittelfristig ein massiveres Beschäftigungswachstum mit sich bringen.

Widersprüche bei Arbeitslosenquote immer krasser

Unter den makroökonomischen Angaben im zweiten Halbjahr ragt die Arbeitslosenquote, die zwischenjährlich von 17,0% auf 18,5% gewachsen ist, negativ heraus. Dies geschieht in einer Zeit, in der die Arbeitsämter und das Arbeitsministerium wiederholt Erfolge beim Kampf mit der Arbeitslosigkeit melden. Die von den Arbeitsämtern angegebene Arbeitslosigkeit ist

erheblich niedriger (14,6% im 2. Quartal, im August nur mehr 13,2%). Die ständig wachsenden Unterschiede der zwei methodisch unterschiedlichen Arbeitslosenquoten erreichen diesmal einen kaum zu akzeptierbaren Wert.

Gleichzeitig sinkt zwischenjährlich die Anzahl der Vermittelten (also derjenigen, denen die Arbeitsämter eine Stelle vermittelt) und es steigt die Zahl derjenigen, die mangels Kooperation von den Arbeitslosenlisten gestrichen wurden. Der Rückgang der von den Arbeitsämtern ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen ist daher keine Folge einer größeren Erfolgsquote der Arbeitsämter bei der Stellenvermittlung.

Reallohn mäßig gestiegen

Im zweiten Quartal stieg der durchschnittliche Monatslohn um 9,6% (eine geringe Verlangsamung gegenüber 11,2% im ersten Quartal). Nach Einrechnung des Verbraucherpreiswachstums bedeutet dies ein Wachstum der Reallohne um 1,3% (ebenfalls eine Verlangsamung gegenüber 2,7% im 1. Quartal). Der durchschnittliche Monatslohn in der Wirtschaft erreichte damit 15 472 SKK. Die Entwicklung des Reallohns ist somit viel günstiger als im Vorjahr, in dem ein Rückgang verzeichnet wurde.

Budget für 2005 mit einem Defizit von 3,8% des BIP

Gemäß mittelfristigem Plan des öffentlichen Verwaltungsbudgets für 2005-2007 hat das MF SR den Haushalt für 2005 vorbereitet. Im Budget wird mit einem Defizit in der öffentlichen Verwaltung von 3,8% des BIP gerechnet, in Bargeld ausgedrückt stellt dies ein Defizit von 53,3 Mld. Sk laut ESA95 Methodik dar.

Die Steuereinnahmen sollten 2005 81,4% der Gesamteinnahmen betragen. Der Budgetentwurf erwartet deren Volumen im Ausmaß von 235,5 Mld. Sk; dies stellt einen Anstieg gegenüber dem verabschiedeten Budget für 2004 um 20,8% dar.

Die sonstigen Einnahmen sollten 2005 gegenüber dem genehmigten Budget für 2004 um 47,16% steigen. In Bargeld ausgedrückt stellen diese Budgeteinnahmen 2005 einen Wert von 54,04 Mld. Sk dar. Dieser Anstieg wird vor allem durch die Mittel aus dem Budget der Europäischen Union verursacht, welche die Slowakische Republik aus EU-Mitgliedsländerfonds beanspruchen kann. In Bargeld ausgedrückt gleichen

sie einem Wert von 26,51 Mld. Sk. Dies ist ein Anstieg um 86,25% gegenüber 2004. Der zweitgrößte Posten sind Nichtsteuereinkommen, deren Höhe sich auf 17,02 Mld. Sk belaufen sollte. Dies ist ein Anstieg um 30,85% gegenüber 2004. Dieser Anstieg sollte laut Finanzministerium vor allem durch drei Faktoren beeinflusst werden:

- Anstieg der Einnahmen aus staatlichen Mitteln, die auf einem einzigen Konto in der Staatskasse konzentriert sind,
- Einführung neuer Reisedokumente der Slowakischen Republik gemäß Format der Europäischen Union
- Gründung der Gesellschaft für Autobahnen und Schnellstraßen.
- Die Gesamtausgaben des für 2005 vorbereiteten Budgets sollten gegenüber dem verabschiedeten Budget für 2004 einen Anstieg um 13,99% verzeichnen. In Wert ausgedrückt stellen die Gesamtausgaben für 2005 eine Höhe von 353,91 Mld. Sk. dar.

Wechselkurses innerhalb eines Bereichs von +/- 15% von dem durch die Zentralbank vor Beitritt zum ERM System fixierten Niveau. Die vorläufigen Schätzungen des Ministeriums rechnen mit einer Fixierung des Wechselkurses der slowakischen Krone auf einem Niveau von 39,0 SKK/EUR. Der zweite Schritt ist die eigentliche Übernahme des Euro als einziges Zahlungsmittel in der Slowakei, zu dem es kommen soll, unter der Annahme, dass die ausgewählten makroökonomischen Kennzahlen auf dem

erforderlichen Niveau bleiben. In dem verabschiedeten Material wird die Einführung des Euro im Jahr 2009 angenommen, nach inoffiziellen Informationen sollte ein Euro gegen 36 slowakische Kronen gewechselt werden. Falls es gelingt, die verabschiedete Strategie der Euroeinführung zu erfüllen, wird die Slowakische Republik das erste Land der Visegrád 4-er Gruppe, die ihre eigene Währung durch die Europäische ersetzt.

Kapitalmärkte

Der zentrale Depositar hat nach 6 Monaten seine Tätigkeit aufgenommen

Der zentrale Depositar von Wertpapieren der SR (CDCP) hat am 1. Oktober nach einer länger als 6 Monate dauernden Verspätung seine Tätigkeit aufgenommen. Damit endete die Übergangszeit, während derer der zentrale Depositar ein geändertes altes System der Wertpapierbörse benutzte. Neunzehn Mitglieder des zentralen Depositors (12 Banken, 6 Wertpapierhändler und die Nationalbank) werden stufenweise ihre Verbindungen zur vollwertigen Umsetzung des neuen Systems einführen. Die Entscheidung über die Einführung des

Echtbetriebs wird von allen seinen Mitgliedern respektiert und trotz gewisser Befürchtungen wegen mangelnder Eliminierung des Transaktionsrisikos sind alle überzeugt, dass es gelungen ist, Fehler eines Systems zu beseitigen, das bereits als funktionstüchtig bezeichnet werden kann.

Mitte September kam das Finanzministerium als 100%-iger Aktionär des CDCP mit dem Vorschlag zu seiner Privatisierung. Neuer Eigentümer des gesamten Staatsanteils sollte die Wertpapierbörse werden. Der Mehrheitsanteil sollte zuerst auf den

Staatseigentumsfonds (FNM) übergehen, der diesen als Sacheinlage dem Stammkapital der Börse hinzufügt und im Gegenzug ihre neuen Aktien erwirbt. Sein Anteil am Börseneigentum sollte der Staatseigentumsfonds unter Einhaltung des Vorkaufrechts sonstiger Aktionäre den Teilnehmern des Kapitalmarktes anbieten. Es wird erwartet, dass vor allem Banken Interesse an den anzubietenden Aktien der Börse zeigen werden. Ein Vorschlag dieser Vorgangsweise der Privatisierung wird vor allem von Fachleuten begrüßt worden; diese werden ihn in vollem Maße unterstützen.